

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Generalsekretariat

Josefstrasse 32

8021 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

28. Mai 2009

**Parlamentarische Initiative. Verbot von sexuellen Verstümmelungen
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur obigen Vorlage. Die EVP begrüsst die Einführung eines neuen, spezifischen Straftatbestandes der Verstümmelung weiblicher Genitalien und ist mit der Vorlage grundsätzlich einverstanden.

Die Schaffung eines spezifischen Straftatbestandes ist insbesondere von grosser Wichtigkeit, weil die Rechtslage so für alle Formen von Genitalverstümmelung vereinheitlicht wird und damit ein deutliches Signal der Ächtung dieser frauenverachtenden und menschenrechtswidrigen Praktiken gesetzt wird. Die EVP begrüsst ausdrücklich, dass eine im Ausland begangene Verstümmelung auch dann bestraft werden kann, wenn sie am Tatort nicht strafbar ist.

Mindeststrafmass (Art. 122a, Abs. 1): Die EVP schliesst sich der Minderheit an und befürwortet eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr.

Keine Strafflosigkeit bei Einwilligung (Art. 122a, Abs. 2): Auch wenn eine Einwilligung der Betroffenen vorliegt, dürfen die eindeutigen Erwartungen und der Druck durch das soziale Umfeld nicht unterschätzt werden und es muss bezweifelt werden, ob die Einwilligung freiwillig erfolgt ist. Ein uneingeschränktes Verbot schützt die Frauen wesentlich besser, zumal ihre Stellung in den betroffenen Kulturkreisen nicht über alle Zweifel erhaben ist. Die EVP verlangt deshalb dringend, Art. 122a, Abs. 2 zu streichen.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier